den Bischöfen die alleinige Gewalt bei, bezüglich der Minderheit der Präbenden zu dispensiren (5). Die folgenden drei Artikel handeln vom Präbendenwesen. Ihre Verfasser bezeichnen die unter König Albrecht 1439 angenommenen Baseler Decrete als Regel, das Aichaffenburgische Concordat von 1448 als Ausnahme von der Regel, setzen die Reservationen der beiden Extravaganten Exco-municatio und Ad regimen außer Kraft, gestehen „noch zur Zeit“ dem Papste die Bestätigung der neugewählten Bischöfe zu, erklären aber, daß dieselbe nie anders, als aus erheblichen canonischen Gründen, verweigert werden könne, und gestatten auch, daß bis zu einer „allgemeinen Kirchenreform“ noch die Brevia eligibilitatis zu Rom impetriert würden (die drei Kurien hatten selbst in Folge solcher Breven ein päpstliches Bisthum: der Erzbischof von Mainz Worms, der von Trier Augsburg und der von Köln Münster), verwerfen aber oder beschränken wenigstens die Rechte des Papstes bei Resignationen (8) und erklären, die Bischöfe würden nicht gestatten, daß die zu Rom allenfalls erhaltenen Coadjutoren und Propsteien u. s. w. in Deutschland angetreten würden (9), bestreiten dem Papste das Recht, die Dignitates pontificales etc. zu verleihen (10), fordern, daß die geistlichen Dignitäten und Beneficien von römischer Hofe, so lange noch von deutscher Beneficien verliehen würden, nur solchen Geistlichen conferirt würden, welche ein Zeugniß der Würdigkeit vom Diöcesanbischofe ausweisen“ (11), übertragen den Bischöfen die Befugniß, die Canonicate und Präbenden für erledigt zu erklären und zu besetzen, wenn deren Zahl nicht in der festgesetzten Zeit die Weihen empfangen, bestimmen, daß von den deutschen Kirchen ausländische Candidaten abzuhalten seien, und bezeichnen „alle, so nicht geborene Deutsche sind“, zur Erhaltung einer Präbende in Deutschland für unfähig, wenn sie nicht vorher der deutschen Nation einverleibt worden seien (13). In Artikel 14 setzen die Punctatoren fest, daß „über die Exemptionen der deutschen Kirche keine römischen Dispensationen stattfinden können“, während sie doch den Bischöfen die Befugniß beilegen, von allgemeinen Kirchengesetzen zu dispensiren, verlangen, daß der Papst das den drei geistlichen Kurien ertheilte Indult, die in den päpstlichen Monaten vacant werdenden Beneficien zu conferiren, nicht „auf Jahre“ beschränke, sondern auf Lebenszeit und zwar nur ihnen allein und nicht andern Corporationen verleihe, im Weigerungsfalle aber die Erzbischöfe solche Präbenden „ohne weiteren Aufwand“ unter kaiserlichem Schutze vergeben und die sog. päpstlichen Monate überhaupt abzuschaffen werden sollten (15). Die folgenden Artikel setzen fest, daß „die durch die Curialisten in die Indulte eingeschlichene zweite Provision“ abzuhören (16), der Informationsproceß von dem Legator zu veranstalten sei (17), für einen Erzbischof das Testimonium idoneitatis genüge (18), das vielfach „aufgedrungene“ Indul-

tum administrationis und die wider „die Gerechtfame des Kaisers“ verstoßene Clausel in temporalibus in den Wahlbestätigungsbullen wegsalle (19), der „von Gregor VII. erfundene und von Gregor IX. den Decretalen eingeschaltete Vasalleneid“ umgeändert, und (20) die Annonaten- und Palliumsgebühren nach einer mäßigen Taxe entrichtet werden sollen, mit der Drohung, daß im Falle Rom etwa die Confirmation oder das Pallium verweigere, die deutschen Erzbischöfe und Bischöfe in der alten Kirchendisziplin solche Mittel finden, wodurch sie mit Beibehaltung der dem römischen Stuhle schuldigen Verehrung und Subordination ihr erzbischöfliches und bischöfliches Amt unter dem allerhöchsten Schutze kaiserlicher Majestät ausüben können (21). Die Gegenstände der geistlichen Jurisdiction sollen nach Art. 22 an den Bischof und von diesem an den Erzbischof mit Ausschließung der Runtien gebracht und in dritter Instanz vom römischen Stuhl, aber nur durch nationale judices in partibus entschieden werden. Noch zweckmäßiger aber werde es sein, wenn jeder Erzbischof „ein einziges Provinzial-Synodal-Gericht zur dritten Instanz errichte“, wozu dieser den Director und einige Beisitzer und jeder Suffragan einen oder zwei Beisitzer ernennen könne. Der letzte Artikel (23) verspricht, daß die Erzbischöfe und Bischöfe, wenn sie „unter dem allermächtigsten Beistand kaiserlicher Majestät in den Besitz dieser durch göttliche Anordnung ihnen zukommenden Gerechtfame wieder eingesetzt und von den Hauptbeschwerden gegen die römische Curie befreit seien“, sie vermögend und entschlossen seien, die Verbesserung der Kirchendisziplin durch alle ihre Theile nach gemeinschaftlichen Grundfassen alsbald vorzunehmen. Als „eine der größten Beschwerden der deutschen Nation“ bezeichnen die Punctatoren das Aichaffenburgische Concordat und bitten den Kaiser, daß er „das in gedachtem Concordat als eine wesentliche Bedingniß versprochene Concilium, wenigstens ein Nationalconcilium, durch allerhöchste Verwendung längstens in zwei Jahren zur endlichen Hebung all' dieser Beschwerden in Stand zu bringen (da auf dem Concil von Orient die zugesicherte Abhilfe nicht erfolgt sei) oder durch reichsverfassungsmäßige Vorkehrungen die so unentbehrliche Erleichterung allerhulbreichst zu verschaffen geruhen möge“ (Resultat des Emser Congresses u. s. w., Frankfurt und Leipzig 1787). Dieß ist der Inhalt der Emser Punctionation, welche die Auctorität des Papstes auf's Tiefste erniedrigt, seinen Einfluß auf die katholische Kirche Deutschlands auf einen bloßen Ehrenprimat beschränkt und ihm seine im Primat begründeten, seit Jahrhunderten in Deutschland ausgeübten Rechte abspricht, die Erzbischöfe dagegen zu kleinen Päpsten macht, jedes freie corporative Leben zerstört und die Diöcesanen, Cleriker wie Laien, der Willkür der Bischöfe überliefert, die revolutionären Grundfasse auf dem kirchlichen Gebiete in Anwendung bringt und auf ein Schisma lossteuert. Nicht minder empörend als diese